



d'Unio'n

VOLLEKSZEIDONG FIR EN DEMOKRATESCHT LETZEBURG

Samsdeg, den 3. Abrël 1948

REDACTION - ADMINISTRATION - PUBLICITE:

d'Unio'n, 49, Avenue de la Liberté,
Luxembourg — Tél. 51-85 et 53-23
Ch. post. 61-91. Bq. Intern. 27-37

COMPTE EN FRANCE:

Crédit Lyonnais-Metz, 657-640 CV
PUBLICITE POUR LA BELGIQUE:
Agence ROSSEL, 122, r. Royale, Bruxelles.

No. 94

5. Joer

Zesummenhale

mécht stârk

Verschärfung der Lage in Berlin • Der Marshall-Plan tritt am Montag in Kraft Beunruhigung in Finnland • Weitere Säuberungen in der Tschechoslowakei

Kritische Lage in Berlin

Die Russen kündigen Mitarbeit an Kommandaturausschüssen

Der stellvertretende russische Kommandant von Berlin gab auf der gestrigen Sitzung der 4 stellvertretenden Kommandanten bekannt, dass russische Vertreter künftig an der Arbeit der 6 wichtigsten Ausschüsse der alliierten Kommandatur nicht mehr teilnehmen werden.

Der stellvertretende russische Kommandant schlug vor, diese 6 Ausschüsse zu beiseitigen und ihre Arbeit anderen Komitees zu übertragen. Es handelt sich um die Ausschüsse für Verkehrswesen, öffentliche Fürsorge, Entnazifizierung, kulturelle Fragen, Wirtschaft und Grundstückskontrolle. Als Begründung für seinen Beschluss erklärte der russische Vertreter: Wir haben nicht das nötige Personal. Rechnen Sie also nicht mehr mit unserer Teilnahme an den Ausschüssen. Vergeblich protestierten die stellvertretenden Kommandanten der 3 Westsektoren. Sie mussten überdies die Beschuldigungen ihres russischen Kollegen über sich ergehen lassen, die Westmächte plünderten die Stadt Berlin aus. Sie hätten bereits 1000 Tonnen Kupfer, 1000 Tonnen Aluminium und eine ganze Druckerei fortgeschafft. Der britische Delegierte erwiderte: Es ist nur zu bekannt, dass es in Berlin weder Fabriken, noch Maschinen und Material gab, als wir hierhin kamen, weil die Russen alles fortgeschleppt hatten.

Die russischen Kontrollmassnahmen in Berlin

Trotz allen alliierten Protestes halten die Russen ihre scharfe Kontrolle im

Raum von Berlin aufrecht. Der Verkehr aller Militärzüge aus den Westzonen nach Berlin ist eingestellt. Dagegen ist bis jetzt jeder Güterverkehr normal verlaufen. Lebensmittelzüge und Kohlenlieferungen treffen regelmässig in Berlin ein. Der gesamte Güterverkehr muss jedoch über die Grenzstadt Helmstedt geleitet werden, da die Russen die Strecke Berlin-Hannover wegen angeblicher Reparaturen gesperrt haben.

Nach der britischen und der amerikanischen hat gestern auch die französische Militärregierung den Verkehr von Militärzügen von und nach Berlin eingestellt. Die 3 westlichen Besatzungsbehörden halten den Verkehr zwischen ihren Zonen und ihren Sektoren in Berlin auf dem Luftweg aufrecht. Der Kanalverkehr zwischen Berlin und den Westzonen musste ebenfalls unterbrochen werden, nachdem die Russen einen britischen Geleitzug zurückhielten, weil die Schiffspapiere nicht in Ordnung seien.

In London und Paris betonten offizielle Sprecher die Absicht ihrer Regierungen, die britischen und französischen Besatzungsbehörden in Berlin zu belassen. Jede von einer fremden Macht aufgezwungene Entscheidung, welche die 4-Mächtekontrolle behindere, sei gegen die Abkommen von Potsdam und Jalta. Von russischer Seite wurde erneut behauptet, die verschärfte Kontrolle rühre daher, dass Waren aus Berlin unerlaubt nach dem Westen abtransportiert worden seien.

Die Lage in der Tschechoslowakei

Über die Säuberungsaktion in der Tschechoslowakei meldet eine kommunistische Prager Zeitung, daß bis jetzt von den Aktionsausschüssen 692 Beamte ihrer Stellungen enthoben oder vorübergehend beurlaubt wurden. Die gleiche Zeitung gibt bekannt, daß die Arbeitermilizen, die sich während der Februarkrise zur Verfügung gestellt hatten, als ständige Organisation zur Sicherung der inneren Ordnung beibehalten werden.

Der tschechoslowakische Erziehungsminister teilte mit, daß 8 Generalinspektoren und andere hohe Beamte des Rates der Akademie von Böhmen und 26 Inspektoren und Beamte der Akademie von Mähren abgesetzt wurden. Einer Verordnung des Erziehungsministers zufolge muß in sämtlichen Klassen der Schulen und Lehranstalten in der Tschechoslowakei ein Bild Stalins angebracht werden.

In Paris erörterte das französische Kabinett die Protestnote der tschechoslowakischen Regierung, welche Angehörige der französischen Botschaft beschuldigt, an dem Fluchtversuch der zwei ehemaligen tschechoslowakischen Minister Hala und Sramek beteiligt gewesen zu sein. Ein französischer Regierungssprecher erklärte, seine Regierung werde im gegebenen Augenblick auf die Anschuldigungen antworten. Der französische Botschafter in Prag werde auf seinem Posten verbleiben.

Amerikanische Hilfe an Italien

In einem italienischen Hafen traf gestern das 500 amerikanische Schiff ein, das eine bedeutende Ladung Weizen im Rahmen der amerikanischen Hilfslieferungen an Italien überbrachte. Aus diesem Anlaß findet heute in Rom eine Feierlichkeit statt, an der der amerikanische Botschafter und der italienische Justizminister teilnehmen werden. Der amerikanische Botschafter in Rom überreichte gestern dem italienischen Finanzminister einen Scheck von 4 1/2 Millionen Dollar als Teilzahlung für die von italienischen Kriegsgefangenen in den USA geleistete Arbeit.

Die Wahlkampagne in Italien wird weiter mit südländischer Heftigkeit geführt. Ein sizilianischer Arbeiterführer wurde gestern erschossen und zwei weitere verwundet. Politische Gründe dürften Anlaß zu der Tat gegeben haben. Ein sizilianischer Arbeiterführer war vor drei Wochen auf geheimnisvolle Art verschwunden. Die Gewerkschaften machen die Polizei dafür verantwortlich, daß bisher keine Spur entdeckt wurde. Bei Durchsuchungen in der Nähe von Rom

Andauernde Beratungen in Helsinki

Zwei Mitglieder der finnischen Delegation, die in Moskau Verhandlungen über einen finnisch-russischen Bündnisvertrag führt, wurden von Staatspräsident Paasikivi zurückberufen. Es handelt sich um einen Abgeordneten der Agrarpartei und einen der Schwedischen Volkspartei. Sofort nach ihrem Eintreffen in Helsinki berief der Staatspräsident das finnische Kabinett zusammen, um in Anwesenheit der beiden Delegationsmitglieder den Stand der Verhandlungen in Moskau zu erörtern.

Korrespondenten melden: In Finnland herrscht Beunruhigung über die Meldung, wonach die Russen bei den Bündnisverhandlungen vorgeschlagen haben sollen, im Falle eines Krieges automatisch militärische Hilfe nach Finnland zu entsenden. Alle finnischen Parteien mit Ausnahme der kommunistischen haben mitgeteilt, daß sie einen Militärpakt ablehnen. Es wird damit gerechnet, daß die gestrige Kabinettsitzung zur Ausarbeitung neuer Anweisungen für die finnische Delegation benutzt wurde. Bei vorherigen Verhandlungen zwischen Staatspräsident Paasikivi und Führern der Parlamentsfraktionen konnte über eine Kompromißlösung keine Einigung erzielt werden. Meldungen, wonach bereits neue finnische Vorschläge nach Moskau übermittelt worden seien, wurden dementiert.

wurden Waffen und Munition gefunden, die für die Ausrüstung eines Bataillons genügt hätten. 30 Personen wurden verhaftet.

In Mailand gab der Führer der gemäßigten Sozialisten Saragat bekannt, ein Kongreß seiner Partei werde vom 4. bis zum 6. April in Mailand abgehalten. Der französische Sozialistenführer Léon Blum und andere prominente französische Sozialisten werden an dem Kongreß teilnehmen.

Die Sonderbeauftragten für Oesterreich erzielten gestern keine Einigung darüber, welcher Punkt als nächster diskutiert werden soll. Der russische Delegierte verlangte Fortsetzung der Debatte über die Pauschalsumme, die Oesterreich als Wiedergutmachung zahlen soll. Der französische Vertreter wollte die Diskussion über die noch ungelöste Frage der österreichischen Oelfelder wieder aufnehmen. Die nächste Sitzung erfolgt am Montag.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns beschloss, 32 Abgeordnete aus der sozialistischen Fraktion auszuschließen, da sie sich einer Verschmelzung mit der kommunistischen Partei widersetzen.

USA-Ausland-Hilfsprogramm endgültig votiert

Beide Häuser des Amerikanischen Kongresses nahmen auf einer gemeinsamen Sitzung die endgültige Fassung des Gesetzesentwurfs für Auslandshilfe an. Jetzt steht nur noch die formelle Unterzeichnung durch Präsident Truman aus, die der Vorlage Gesetzeskraft geben wird.

Amtlich wurde in Washington bekannt: Die Hilfslieferungen für Europa beginnen am Montag.

In der endgültigen Fassung sieht das Gesetz einen Aufwand von 5,3 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau Europas vor. Von diesem Betrag trägt die amerikanische Bundesregierung 4,3 Milliarden die Export-Importbank eine Milliarde Dollar. Die Vorlage ermächtigt die Bank für Wiederaufbau, sofort für die Ankerbelagerung des Aufbauprogramms eine Anleihe von einer Milliarde Dollar zu gewähren. Weiter ist vorgesehen, den Leiter des Amtes für die Verwirklichung des Aufbauplans anzuweisen, den europäischen Ländern solle nahegelegt werden, Russland und seine Satelliten nicht mit Waren zu versorgen, welche Amerika nicht selbst an diese Länder liefern will.

Die spanische Presse gab gestern ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, dass Spanien wieder von der Liste der Marshallplan-Länder gestrichen wurde. Die öffentliche Meinung Amerikas sei für eine Teilnahme Spaniens gewesen. Aber die Furcht vor der Sowjetunion habe es fertiggebracht, den Beschluss der Repräsentantenhauses rückgängig zu machen.

Herabsetzung der amerikanischen Steuern.

Präsident Truman legte gegen den von der Republikanischen Partei eingebrachten Gesetzesentwurf zur Herabsetzung der Steuern in den USA um 4,8 Milliarden Dollar, der v. Kongress gebilligt worden war, sein Veto ein. In der Botschaft an den Kongress betont Truman, eine derartige Herabsetzung der Regierungseinkommen würde die Leistungsfähigkeit der USA zu einem Zeitpunkt untergraben wo der Frieden der Welt von der Stärke der Vereinigten Staaten abhängt. Der Kongress übergibt jedoch in einer späteren Abstimmung das Veto des Präsidenten.

Quer durch die Welt

Ueber die Besprechungen, die in Madrid zwischen General Franco und d. Truman-Sonderbeauftragten beim Vatikán, Myron Taylor stattfanden, wird Stillschweigen bewahrt. Taylor führt seine Unterredungen heute mit Politikern und Vertretern der Kirche weiter.

Nach 3tägiger Dauer wurde der Streik der italienischen Gerichtsbeamten mit der Bewilligung der Lohnforderungen beendet.

Von Brüssel kommend wird der Chef des Empire-Generalstabs, Feldmarschall Montgomery, heute zur Inspizierung der britischen Rheinarmee in der britischen Zone erwartet.

Ein Wort der Aufklärung!

Unsere Leser konnten bereits gestern feststellen, dass die „Unio'n“ in einer leicht veränderten, allerdings nur provisorischen Form erschienen ist. Auch die heutige Nummer weicht in Aufmachung und Inhalt gegenüber den früheren Ausgaben ab, was schon allein durch den verschiedenen Druck nach aussen hin in Erscheinung tritt.

Nachdem die „Unio'n“ während 5 Jahren in einem von uns unabhängigen Betrieb hergestellt wurde, haben wir uns entschlossen, zusammen mit der bei Herrn Paul Faber in Grevenmacher gedruckten „Obermosel-Zeitung“ nicht nur eine gemeinsame Ausgabe herauszubringen, die ab Montag unter Beibehaltung der beiden eingebürgerten Titel die Bezeichnung „LETZEBURGER JOURNAL“ tragen wird; wir haben ausserdem die Grundlagen für die Errichtung einer gemeinsamen Druckereigesellschaft gelegt, sodass das als Fortsetzung der „Unio'n“ und der „Obermosel-Zeitung“ herausgegebene neue Blatt nunmehr in eigener Druckerei angefertigt wird.

Unsere Zusammenarbeit mit der Leitung u. dem Personal der Firma Bourg-Bourger war das denkbar beste, trotzdem werden unsere Leser ohne Mühe einsehen, dass diese Neuerung für uns allein in materieller Hinsicht von ungeheurer Bedeutung ist.

Das „Letzeburger Journal“ wird zwar äusserlich ein leicht abgeändertes Kleid erhalten, an der Gestaltung des Inhaltes wird sich jedoch nichts Wesentliches ändern. Von unseren Prinzipien wird nicht ein Jota aufgegeben werden.

Wir werden wie bisher die Zeitung aller guten Luxemburger sein, besonders jener, die in den Jahren der Besetzung durch ihre Resistenz der Heimat treu gedient haben. Keine andere Tageszeitung hätte sich zu einer derartigen Fusion überhaupt eignen können, als die „Obermosel-Zeitung“, die als unabhängiges Tageblatt jederzeit auf dem Boden bewusster Heimattreue stand. Während andere Blätter — vielleicht teilweise gezwungen — ihren alten Namen für die deutsche Propaganda hergaben, wurde die Zeitung des Herrn Faber von den Nazis verboten und konnte erst unter sehr grossen Schwierigkeiten einige Monate nach der Befreiung wieder erscheinen. Herr Faber und seine Mitarbeiter, die als wahre Patrioten und aufrechte Demokraten allgemein geachtet sind, ändern daher auch ihrerseits an ihrer bisherigen Haltung nichts, indem sie sich positiv hinter die von uns immer vertretenen Prinzipien stellen.

Unser neues Blatt wird durch seine erhöhte Leistungsfähigkeit weit umfangreicher sein als bisher. Es wird unser einziges Bestreben sein, durch rationellere Ausnützung der zur Verfügung stehenden Mittel den Lesern möglichst viel zu bieten. Diejenigen, die beide Blätter abonniert hatten, werden die neue Zeitung selbstverständlich für ein weiteres Quartal erhalten. Unser Roman wird in der nächsten Nummer nicht nur fortgesetzt werden, sondern auch der Roman der „Obermosel-Zeitung“, wird noch dazu erscheinen, was besonders unsere Leserinnen sehr begrüßen werden.

Durch diesen Zusammenschluss ist nicht nur vom rein geschäftlichen Standpunkte aus eine wesensverwandte gegenseitige Konkurrenz aus der Welt geschaffen, sondern der Kreis unserer Leser hat sich gleichzeitig um viele Tausende erhöht. Unsere freiheitlichen Ideen werden somit einem noch breiteren Publikum zugänglich gemacht werden, genau wie auch unsere publizistische Bedeutung im Interesse der Inserenten mit einem Male gewaltig angewachsen ist.

Soweit wir Gelegenheit hatten, in Zusammenkünften mit unseren Anhängern über die Frage dieser Fusion zu sprechen, wurden wir übrigens zu dem nunmehr durchgeführten Vorhaben allgemein beglückwünscht.

Wir hassen jeden extremen Fanatismus. Wir haben im Laufe der Jahre dauernd zur Zusammenarbeit all jener aufgerufen, die ohne Hintergedanken am demokratischen Aufbau unseres Landes mitarbeiten wollen. Könnte der Wille zur Einigkeit besser bekundet werden, als durch dieses Zusammengehen, das die Kräfte der zweitältesten Tageszeitung des Landes mit denen der jüngsten harmonisch vereinigt? We sind altluxemburgische Tradition mit dem jugendlichen Enthusiasmus des Neuen verbindet. da wird unserer heiligen Sache am besten gedient werden.

